

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Tagesblatt Riesa,  
Herausg. Nr. 23.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
des Amtshauptmannschafts Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiskirchen, sowie des Gemeinderates Gräbza.

Postfachkonto Dresden 1539  
Circulanz Riesa Nr. 52.

Nr. 233.

Freitag, 5. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 40 Millionen Mark, einjährl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 120 Mt.; die 89 mm breite Reklamazeile 400 Mt.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa. Schlußzahl: 100000.

## Vor der Neubildung des Reichskabinetts.

Wie verkantet, waren die Verhandlungen über die Regierungsbildung in den letzten Abendstunden im wesentlichen abgeschlossen. Der Reichskanzler werde heute vormittag in der Lage sein, die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mitzuteilen.

Wie der Lokalanzeiger erfährt, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestern abend mitgeteilt, daß sie einem Kabinettsstresemann das Vertrauen verleihe, weil es für ein Ausschreiben der Sozialdemokraten auch aus der Regierung Breuens keine Gewähr bieten könne.

Nach einer Meldung der Volksstimme Stg. aus Stuttgart hat die Württembergische Volkspartei an ihre Mitglieder eine Kundgebung gerichtet, in der sie ihrem Führer Stresemann nach wie vor das unerschütterliche Vertrauen ausspricht.

Die Regierungs- und Parlamentsfraktion, die am Mittwoch abend durch den Rücktritt des Ministeriums Stresemanns ihre vorläufige Beendigung gefunden, lag aber seit dem unbesiegbaren Ausgang der Verhandlungen mit Frankreich in der Luft. Solange die Verhandlungen mit Frankreich Aussicht auf irgend eine Art von Verständigung boten, und der passive Widerstand an der Ruhr aufrecht erhalten werden konnte, wurden die inneren Sorgen und Beschwerden zurückgedrängt, brachen aber in dem Augenblicke des Zusammenbruchs der äußeren Hoffnungen mit elementarer Wucht durch. In der Währungsfrage, die geradezu zur Kardinalfrage unserer Existenz geworden ist, war eine baldige Regelung vom Finanz- und Wirtschaftsministerium immer wieder verprochen worden. Zustände aber kam nur nach Wochen unfruchtbarer Beratungen in allen möglichen Wirtschaftsausschüssen eine Vorlage an den Reichstag, die von den bürgerlichen Parteien wenig günstig beurteilt wurde. Bayern zeigte Sondergelüste in einem bisher noch nicht bekannten Ausmaß, und im Lande rührte sich eine sehr ernst zu nehmende Unabhängigkeitsbewegung, die auf Schaffung einer Militärdiktatur und Aufhebung des Reichstags abzielte, während andererseits in Sachsen die Kommunisten ganz offen die Anarchie vorbereiteten. Vor allem aber sah die Industrie durch ihre rapid abnehmende Exportfähigkeit, die ungeheuren Preise für Rohmaterialien, die infolge der Währungsnot in der Woche steigenden Lohnforderungen und die immer mehr zurückgehende Arbeitsleistung in ihrer Existenz bedroht. Sie verlangte, daß, nachdem die Wehrkraft des Reiches durch die Steuern praktischen Ausbruch gefunden hatte, nun auch die vom Reichskanzler in Stuttgart angekündigte Wehrkraft der Arbeit endlich in die Praxis überführt werde. Die Reichsregierung hatte dem Vorstande durch die Behauptung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich Rechnung getragen und ein Programm vorbereitet, in dem die Verlängerung der Arbeitszeit je nach Bedarf auf dem Verordnungswege durchgeführt werden sollte. Es war dem Reichskanzler Stresemann gelungen, was bis jetzt noch keinem der Kabinette seit der Revolution gelungen war, die Stimmung der sozialdemokratischen Minister für die schwerwiegende Arbeitszeitverordnung zu gewinnen. Leider verlief die Beratung in den Fraktionen nicht so glatt, wie in der Regierung.

Die Hauptdifferenz drehte sich um das Arbeitszeitgesetz, das die sozialdemokratische Fraktion entgegen den Wünschen ihrer eigenen Minister nicht annehmen zu können glaubte, weil es ein Bruch mit der Vergangenheit und ihrer Programme bedeuten würde. Die Sozialdemokratie sah

sich vor der schweren Lage, entweder einen Bruch ihrer Partei, d. h. das Wiederankommen der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen herbeizuführen oder aus der Regierung auszuscheiden. Nach schweren Kämpfen in langwierigen Fraktionsberatungen entschied sich eine kleine Mehrheit für den Rücktritt der Minister aus dem Kabinettsstresemann, wobei man vorzögte, daß man durch das Verlangen der Deutschen Volkspartei, das Arbeitszeitgesetz durch Verordnung zu schaffen brüskiert worden sei. Von einer Brückensicherung kann aber keine Rede sein, denn sonst hätten sich auch die vier sozialdemokratischen Minister brüskiert fühlen müssen, als ihnen Stresemann dasselbe Verlangen stellte, und sie im Gefühle ihrer Verantwortlichkeit dem Antrage des Zentrumsministers Brauns zustimmten.

Von Seiten des Zentrums und der Demokratie sind gestern beim Reichspräsidenten Versuche gemacht worden, den zerfallenen Topf zusammen zu heften und die Koalition von neuem erstehen zu lassen. Das dürfte vergebliche Liebesspiele sein, da sich weder die Sozialdemokratie noch die Deutsche Volkspartei auf das Experiment der Koalition, nachdem es nun einmal gescheitert, auf Neu einlassen werden. Dr. Stresemann wird vielmehr verurteilt, ein Kabinettsstresemann der Verantwortlichkeit zu bilden, ohne Anlehnung an die Fraktion, aber in seinem Kern aus den bürgerlichen Parteien. Wenn möglich wird versucht werden einen Vertrauensmann der Sozialdemokraten und der Deutschen Nationalen, die aber beide nicht fraktionell gebunden sein dürfen, hinzuzugewinnen.

Da Dr. Stresemann mit Recht betont, daß Deutschland in dieser Zeit äußerster Not einen regierungslosen Zustand nicht lange ertragen könne, wird sich das neue Kabinettsstresemann, sich dem Parlamente vorzustellen, auch wenn einige minder wichtige Ministerposten noch nicht besetzt werden können. Man wird ferner die Zahl der Minister verringern und einige Ministerien zusammenlegen.

Für die Finanzen und Wirtschaft ist ein als sehr energiegeladener Vertrauensmann der deutschen Wirtschaft, der dieser Tage mit einem eigenen Wirtschaftsprogramm hervorgetreten ist, vorgesehen. Voraussichtlich wird auch der bisherige deutsche Vizekonsul in Washington dem Ministerium angehören. Von den bisherigen Ministern sind bisher nur Reichswehrminister Gehler, der Arbeitsminister Brauns und voraussichtlich auch Dr. Luther als Vizekanzler für das neue Kabinettsstresemann gewonnen. Für den Posten des Ernährungsministers ist ein den Deutschen Nationalen nahestehender Landwirt und Verwaltungsbeamter, der sich großen Ansehens sowohl bei der Landwirtschaft wie bei der städtischen Bevölkerung erfreut, in Aussicht genommen.

Man hofft mit den Verhandlungen noch am Donnerstag abend zu Ende zu kommen, so daß das neue Kabinettsstresemann am Freitag dem Reichstag vorstellen könnte, worauf der Verleihenanspruch wahrscheinlich eine längere Vertagung des Reichstags beschließen würde. Die Auflösung des Reichstags, die vielfach besprochen worden ist und zu der der Reichskanzler Dr. Stresemann im Vorfeld ernstlich entschlossen ist, dürfte noch einmal am Reichstag vorübergehen, da, wie der sozialdemokratische Führer Hermann Müller mit Recht sagte, Neuwahlen zur Zeit schwer durchzuführen und unter allen Umständen eine Quelle neuer Unruhen im Lande wären. Das neue Kabinettsstresemann wird wohl auf eine schwache Mehrheit zählen können und daher wohl auf das Ermächtigungsgesetz verzichten müssen. Man darf aber hoffen, daß nunmehr eine Entspannung der Lage eintritt und das Ministerium der Räder praktische Arbeit ungehindert von Fraktionstaktik wird leisten können. Dr. D.

## Verhandlungen des Reichsrats.

Erweiterung der Erwerbslostenfürsorge abgelehnt.  
Aufhebung der Zuckerwarensteuer.

Berlin. Der Reichsrat lehnte die Anträge Sachse auf Erweiterung der Erwerbslostenfürsorge im Hinblick auf die verarmte Finanzlage ab. Zur Frage der Aufhebung der Zuckerwarensteuer teilte der Reichsrat mit, daß dem Reich an Zahlungen für die Erwerbslostenfürsorge täglich eine Ausgabe von 40 Millionen erwachse.

Angenommen wurde eine Verordnung, die für das neue Erntejahr die Zuckerwarensteuer grundsätzlich aufhebt, aber für einen größeren Teil des Wirtschaftsjahres die Bildung einer Rücklage und zwar auf 25 Prozent der Erzeugung für jede Fabrik vorseht. Ferner wird für Betriebe, die den Großhandel mit Zucker neubeginnen wollen die Konzeptionspflicht eingeführt. Schließlich wird die gewerbliche Zuckerverarbeitung zur Deckung von Marmelade, Obstkonerven, Kaugummi, Süßigkeiten, Brauntwein und brauntweinhaltigen Getränken aller Art von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht.

Angenommen wurde der Gesetzentwurf wegen des deutsch-polnischen Abkommens über den privilegierten Durchgangsverkehr zwischen polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Polen durch deutsch-Oberschlesien. Ferner stimmte der Reichsrat einem Gesetzentwurf über einen Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Arbeitseinkommens zu. Angenommen wurde der Gesetzentwurf über Vermögensstrafen und Bußen, in dem die letzteren der Geldentwertung angepaßt werden. Die im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsangaben werden in der neuen Verordnung dadurch wertbeständig gemacht, daß die ursprünglichen Sätze jeweils mit der Reichsrichtzahl der Woche multipliziert werden. Schließlich wurde die Novelle zu dem Gesetz über den Volksentscheid endgültig erledigt.

## Die Entwicklung im Ruhrgebiet.

Nur ägernd und unter händlich neuen Meinungen beginnt sich im Ruhrgebiet eine Stimmung durchzuklären, die geneigt ist, sich mit den traurigen Zuständen der Niedriglosten abzufinden und die leider unvermeidliche Fühlung mit den französischen Besatzungsbehörden anzunehmen. Die Franzosen tun alles, um der deutschen Wirtschaft, Unternehmern wie Arbeitern, die Annäherung zu erschweren. Die Mißbilligungen, Geldbeschränkungen und übrigen Beschränkungen der deutschen Siegerkultur nehmen ihren Fortgang. Von den Eisenbahnen wird unerhöhrter Weise ein förmlicher Trend dem Landesfeind gegenüber verlangt. Außerdem sind die von den Franzosen vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen derart, daß die Arbeitnehmerschaft nicht daran denkt, sich ihnen zu fügen. Im Vordergrund der Verhandlungen, die zwischen Betriebsräten und Betriebsverwaltungen verschiedene Werke zum Zwecke der Stellungnahme zur Wiederannahme der Arbeit angeknüpft worden sind, stehen die Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeber haben ihrerseits natürlich das Versprechen abgegeben, daß sie von sich aus nichts tun werden, um die Arbeitsbedingungen zu Ungunsten der Arbeitnehmerschaft zu ändern. Am schwersten gehalten hat die Lage naturgemäß im Transportwesen. Hier wird es wochenlang, vielleicht gar monatelanger Arbeit bedürfen, um das durch den französischen Regiebetrieb völlig zerrüttete Eisenbahnwesen wieder auf den normalen Stand zu bringen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes innerlich sich durchaus noch nicht mit den durch die Aufhebung des passiven Widerstandes geschaffenen Tatsachen abgefunden hat und daß selbst unter der Voraussetzung, daß sich unter dem Zwange der unabwehrlichen Not ein Zusammenarbeiten mit den Franzosen ergeben sollte, die vorangegangenen acht Monate des Ruhrkampfes nie einen Augenblick vergessen werden.

Buer. Im benachbarten Hertzen ist von der belgischen Besatzungsbehörde angeblich wegen nachlässiger Aufklärung der Wirtschaftslage um 7 Uhr abends angeordnet worden, der Personen- und Güterverkehr erleidet keine Beschränkung. — Die Gabellieferung der Stadt Buer ist seit einigen Tagen fast völlig eingestellt. Die städtischen Lichtwerke können wegen Kohlenmangels kein Gas erzeugen. Der Bezug von Ferngas ist wegen Stilllegung der Zeche Rhein-Elbe in Gelsenkirchen unmöglich. Viele gewerbliche Betriebe haben geschlossen. Wegen der Dunkelheit in den Straßen nimmt die Unsicherheit immer mehr zu. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, bestanden die Franzosen in Wattencheid die Zeche Zentrum. Weiter wurde der Güterbahnhof in Herne besetzt. Auf dem Kontrollbahnhof

## Au unsere Leser!

Das „Riesner Tageblatt“ kostet für die Woche vom Sonnabend, den 6. Oktober, bis Freitag, den 12. Oktober 1923, 40 Millionen Mark durch Zeitungsdienst frei Haus. — Wir bitten unsere Leser, das Bezugsrecht rechtzeitig (ab Sonnabend) bereit zu halten, damit unseren Zeitungsdienst das Geschäft des Einkassierens erleichtert wird. Die Bezüge, die am Sonnabend, den 6. Oktober (1. Tag der neuen Bezugswoche), die Zeitung entgegennehmen, befunden dadurch ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugesetzte Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises später vorliegenden Zeitungsdienst zurückgeben.

Verlag des „Riesner Tageblattes“.

## (Amtlich.) Bezirkskommando 4, Dresden, 4. Oktober 1923, Verordnung.

Zur Vorführung einer Erleichterung in Bezug auf die Abhaltung von Versammlungen in geschlossenen Räumen wird in Abänderung der Bestimmung in Ziffer 4 der Verordnung vom 27. September 1923 folgendes angeordnet:

„Wesentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten in geschlossenen Räumen bleiben genehmigungspflichtig. Die Genehmigung erteilen in meinem Auftrag:

- im Freistaat Sachsen die Amtshauptmannschaften und Polizeibehörden der bezirksfreien Städte;
  - in den Regierungsbezirken Merseburg und Magdeburg der Provinz Sachsen (einschließlich braunschweigischer Landesteil Calverde) die Landräte und Polizeibehörden der bezirksfreien Städte;
  - im Freistaat Anhalt die Kreispolizeibehörden.
- Anträge sind unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung, genauer Anschrift der Leiter und Enderuser der Versammlungen mindestens zwei Tage vor dem Stattfinden der Versammlung an diese Behörden zu richten. Die entscheidenden Behörden haben dem Bezirkskommando über ausgesprochene Verbote sofort unter Angabe der Gründe Bericht zu erstatten. Wegen der Verbote ist Einspruch, dessen Entscheidung ich mir vorbehalte, zulässig. Der Einspruch ist an das Bezirkskommando zu richten. Die von den bisher zuständigen Stellen getroffenen Entscheidungen behalten Gültigkeit und sind von diesen den nennmehr entscheidenden Stellen unverzüglich mitzuteilen.“

Der Befehlshaber: aca. Müller, Generalleutnant.

## Die kommunistischen Zeitungen auf acht Tage verboten.

Der Befehlshaber im Bezirk 4 hat die in seinem Bezirk erscheinenden kommunistischen Tageszeitungen „Der Kämpfer“, „Chemnitz“, „Das Volkswort“, Dresden, die „Zeitung“, Magdeburg, „Der Klassenkampf“, Halle und die „Tägliche Arbeiterzeitung“ Leipzig auf die Dauer von acht Tagen verboten.

## Der Vertrieb des „Völkischen Beobachters“ auch im Freistaat Sachsen verboten.

Der Reichswehrminister hat den in Bayern erscheinenden „Völkischen Beobachter“ und die als Fortsetzungen der „Hohen Post“ erscheinenden Zeitungen „Der rote Kämpfer“ und die „Arbeiterzeitung“ verboten. — Ich verbiete hiermit den Vertrieb und die Verbreitung der Zeitungen im Bezirk 4. Jambidhandlungen dagegen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Der Befehlshaber im Bezirk 4, Müller, Generalleutnant.

## Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Wie der „Vorwärts“ aus Dresden meldet, sind die Vorarbeiten für den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung in der Donnerstagssitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion soweit erledigt worden, daß die entscheidende Besprechung des Landesparlamentes am Freitag, den 12. Oktober, in der voraussichtlich über die Erweiterung der Regierung abgehandelt werden wird, heute stattfinden kann. Bei Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten werde der Landtag, der erst am 8. Oktober zusammentreten sollte, früher einberufen werden.